

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.06.2026

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:24 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr George eröffnet die Sitzung des Jugendhilfeausschusses um 16:30 Uhr, stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses mit 11 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr George weist darauf hin, dass der TOP 3 – der Vortrag zum INSEK – vorgezogen wurde, da diese Vorlage in der zeitgleich stattfindenden Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität zur Abstimmung vorliegt. Er bittet um Abstimmung der Tagesordnung in vorliegender Form.

Abstimmungsergebnis: 11:00:00

3 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Dessau-Roßlau 2040 (INSEK 2040) - Offenlagebeschluss zur Entwurfsfassung Vorlage: BV/087/2026/I-61

Frau Steinhart - Projektleiterin strategische Stadtentwicklung, führt mit Hilfe einer Präsentation in den Tagesordnungspunkt ein. Sie erklärt, dass das INSEK als Dachstrategie für die Stadtentwicklung in Dessau-Roßlau für die nächsten 10 bis 15 Jahre dient. Es soll Politik und Verwaltung eine gemeinsame Richtung vorgeben, Entwicklungsziele bündeln und als Grundlage für die strategische Ausrichtung von Ressourcen, Investitionen und Fördermitteln dienen. Die Stadtentwicklungsstrategie umfasst vier Handlungsfelder: die Stärkung der urbanen Mitte, die Gestaltung von Stadtteilen und Quartieren, die Sicherung der Wirtschaftskraft und Zukunftsstandorte sowie die Schaffung resilienten Stadt- und Landschaftsräume. Besondere Bedeutung kommt der Förderung von Bildung, Betreuung und Freizeitangeboten zu, um die Lebensqualität für Kinder, Jugendliche und Familien zu erhöhen.

Frau Perl erkundigt sich nach der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie nach der Einbindung von Ausbildungsvertretungen und Gewerkschaftsjugend. Sie kritisiert, dass das Thema Ausbildung im Konzept nicht ausreichend berücksichtigt wird.

Herr Falkenberg äußert, dass die Belange der Jugend im INSEK zu wenig konkretisiert sind und Jugendzentren / Jugendräume nicht explizit erwähnt werden. Er bemängelt, dass die dargestellten Zukunftsperspektiven für Kinder und Jugendliche rein fiktiv seien und keine realen Maßnahmen widerspiegeln.

Herr Hoffmann fragt, ob die Ergebnisse der Fortschreibung der Jugendhilfeplanung sowie anderer parallellaufender Prozesse in das INSEK eingeflossen sind. Er weist darauf hin, dass die Ergebnisse einer Umfrage zur Sportstadt Dessau-Roßlau möglicherweise relevant sein könnten und fragt, ob diese noch Berücksichtigung finden.

Frau Steinhart antwortet, dass Materialien zur Kinder- und Jugendbeteiligung an Schulen, Kitas und Horteinrichtungen verteilt worden sind, die Resonanz jedoch gering ausfielen. Sie erläutert, dass Vertreter der Jugend, darunter die Azubi-Vertreterin der Stadt und die Sprecherin des Studierendenrats, in den INSEK-Beirat eingebunden gewesen sind. Sie erläutert, dass das INSEK als Dachstrategie die Fachplanungen nicht ersetzt, sondern diese ergänzt und leitet. Die Fachplanungen, wie etwa die Jugendhilfeplanung, würden weiterhin konkrete Maßnahmen und Zielgruppen definieren.

Herr George äußert abschließend Kritik daran, dass Kinder und Jugendliche im INSEK nicht ausreichend berücksichtigt werden. Er fordert, dass diesem Thema ein eigener Fokus gewidmet wird, um die demografische Entwicklung der Stadt positiv zu beeinflussen. Er betont, dass Freizeitangebote nicht allein an die demografische Entwicklung angepasst werden dürfen, sondern bedarfsorientiert geplant werden müssen.

Frau Steinhart erklärt, dass die Hinweise aus der Diskussion in das Offenlageverfahren einfließen werden.

Die Beschlussvorlage wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

4 Genehmigung der Niederschrift vom 26.03.2026

Herr George bittet um Abstimmung der Niederschrift vom 26.03.2026 in vorliegender Form.

Abstimmungsergebnis:

08:00:03

5 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Es liegen keine Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums vor.

6 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Einwohnerfragen vor und es werden auch keine mündlich hervorgebracht.

7 Wiedervorlagenliste

Herr George verliest die Wiedervorlagenliste. Er erklärt, dass zwei Themen in der heutigen Sitzung besprochen werden:

- Fallzahlen HzE
- Sachstandsmitteilung Einführung in die E-Akte

Frau Perl äußert ihr Unverständnis darüber, dass die Informationen zu den Schulverweigerern nicht im Jugendhilfeausschuss präsentiert wurden, obwohl sie bereits in der MZ (Mitteldeutsche Zeitung) veröffentlicht worden. Sie betonte, dass es wichtig ist, diese Informationen im Ausschuss zu diskutieren, da die Schulverweigerung ein dringendes Problem in Dessau darstellt. Sie fordert, dass in der Sitzung nach der Sommerpause Informationen über die Schulschwänzer bereitgestellt werden sollten, und zwar differenziert nach Geschlecht, Alter und weiteren Merkmalen.

Es wurde daraufhin von **Herrn George** bestätigt, dass die Anfrage zu den Schulverweigerern nicht in Vergessenheit geraten sei und dass die Informationen in Vorbereitung sind. Es wurde jedoch angemerkt, dass diese Informationen nicht mehr vor der Sommerpause bereitgestellt werden können.

8 Beschlussfassungen

8.1 Finanzierung von Leistungen nach den §§ 11 bis 14 sowie § 16 SGB VIII für das Haushaltsjahr 2026 Vorlage: BV/100/2026/IV-51

Herr Wittge führt in die Beschlussvorlage ein.

Herr Groneberg erkundigt sich nach der Bedeutung der farblichen Unterlegung der Spalten, insbesondere der blauen Markierung für Beobachtungsgebiete.

Frau Skrajewski erklärt, dass die farbliche Unterlegung auf Kriterien der Jugendhilfeplanung und sozialräumlicher Einordnung basiert. Beobachtungsgebiete

sind Gebiete, die weniger Angebote der Jugendhilfe erforderten als Interventionsgebiete, da dort weniger Bedarfe festgestellt wurde.

Herr Rother stellt eine Frage zur Tabelle, in der für das multikulturelle Zentrum keine Finanzierungsvorschläge vorliegen, obwohl im Haushaltsansatz 2026 62t EUR vorgesehen sind.

Herr George erklärt, dass der Antrag zurückgezogen wurde, als der Haushalt bereits aufgestellt war und daher nicht zur Abstimmung steht.

Herr George beantragt Rederecht für **Herr Dr. Nothdurft**, welches mehrheitlich angenommen wird.

Herr Dr. Nothdurft fragt, ob die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses endgültig sind oder ob der Stadtrat erneut darüber entscheiden muss. Er weist auf erhebliche Steigerungen bei den Transferaufwendungen für Einrichtungen der Jugendarbeit hin, insbesondere beim Kiez e.V. und dem Kinderzirkus Raxli Faxli.

Herr George stellt klar, dass der Ausschuss die Hoheit über die Verteilung der Mittel hat, die der Stadtrat zur Verfügung stellt.

Herr Wittge erklärt, dass die Steigerung beim Kinderzirkus auf die Besetzung einer Personalstelle und die mögliche Einplanung von Mietkosten zurückzuführen ist.

Herr Dr. Nothdurft äußert Bedenken hinsichtlich der Kosten für Straßensozialarbeit und fragt nach dem Rückgang der Zuschüsse für Schulsozialarbeit bis 2029.

Frau Skrajewski erläutert, dass die Finanzierung der Schulsozialarbeit derzeit durch das Landesprogramm ESF+ bis 2028 gesichert ist und danach neu geregelt werden muss. Sie betont die Bedeutung der Straßensozialarbeit und erklärt, dass die vier vorhandenen Stellen auf einer Bedarfsplanung basieren.

Herr George verliest die einzelnen Finanzierungsprodukte und es wird folgendermaßen dazu abgestimmt:

1. -	-
2. Straßensozialarbeit	11:00:00
3. Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „Ruine“	11:00:00
4. Nordklub	11:00:00
5. Jugendclub „Thomas Müntzer“	11:00:00
6. Kinderfreizeiteinrichtung „Baustein“	11:00:00
7. Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „Kleine Arche“	11:00:00
8. Kinder- und Jugendzirkus „Raxli Faxli“	11:00:00
9. Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „Kindertreff mit Herz“	11:00:00
10. Jugendmigrationsdienst	10:00:01
11. Familienzentrum	10:00:00:01

12. Nummer gegen Kummer	09:00:02
13. Ausrichtung der KonGeoS - Konferenz der Geodäsiestudierenden	10:00:01

Herr Wittge erläutert, dass die Ablehnung des Kinderschutzbundes auf jährlich wiederkehrenden Anträgen basiert und das Komitee der KonGeoS-Studierenden nicht die Eigenschaft eines Trägers der freien Jugendhilfe erfüllt.

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig beschlossen.

**8.2 Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen und
Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2026
Vorlage: BV/113/2026/IV-51**

Herr Wittge führt in die Beschlussvorlage ein.

Abstimmungsergebnis: 11:00:00

**8.3 Verteilung der Mittel gem. § 12d Kinderförderungsgesetz des Landes
Sachsen-Anhalt zur Milderung der Belastungen durch die
demografische Entwicklung
Vorlage: BV/114/2026/IV-51**

Herr Nahlik erklärt seine Befangenheit.

Herr Wittge führt in die Beschlussvorlage ein und erläutert detailliert die vorgesehenen Regelungen zur Zuteilung der Mittel, die sich an der Entwicklung der Betreuungsumfänge orientieren. Er betont, dass die Verteilung auch im kommenden Jahr entsprechend der demografischen Veränderungen erfolgen muss. Er führt aus, dass die demografische Entwicklung sowohl Mehrbedarf in Bereichen mit steigenden Kinderzahlen als auch Einsparpotenziale dort zur Folge haben kann, wo die Zahl der zu betreuenden Kinder sinkt und plädiert deshalb für eine flexible, bedarfsorientierte Mittelvergabe.

In der anschließenden Diskussion werden mögliche Auswirkungen auf den Betreuungsschlüssel erörtert und es wird hervorgehoben, dass eine angemessene Finanzierung notwendig ist, um den gesetzlich geforderten Betreuungsschlüssel zu gewährleisten und Qualität in der Betreuung zu sichern.

Ein weiterer Diskussionspunkt ist die Verhinderung von Kündigungen im Erziehungspersonal. Es wird als wichtig angesehen, durch vorausschauende Planung und transparente Mittelzuteilung Arbeitsplatzsicherheit zu fördern und personalbedingte Engpässe zu vermeiden.

Herr George fragt, nach welchen konkreten Kriterien richten sich die Anpassungen der Mittel an die Betreuungsumfänge?

Herr Wittge erklärt, dass sich die Anpassungen an quantitativen Daten wie Anmeldezahlen und Betreuungsstunden sowie an qualitativen Kriterien wie dem Betreuungsbedarf und regionalen Besonderheiten orientieren sollen. Grundlage hierfür bilden regelmäßige Bedarfsanalysen und Prognosen. Um den Betreuungsschlüssel trotz begrenzter Mittel sicherzustellen, werden die Priorisierung wichtiger Bereiche, kurzfristige Umverteilungen innerhalb des Budgets, zusätzliche Mittel für besonders belastete Einrichtungen sowie gezielte Fördermaßnahmen zur Stabilisierung der Personalsituation vorgeschlagen.

Es wird gefragt, wie verhindert werden kann, dass Erziehungspersonal gekündigt werden muss. Herr Wittge antwortet, dass durch frühzeitige Bedarfsplanung, Rücklagenbildung, flexible Einsatzkonzepte, Fortbildungsangebote zur Qualifizierung und gegebenenfalls temporäre Beschäftigungsmodelle die Gefahr von Kündigungen reduziert werden soll.

Abschließend wird festgehalten, dass die Mittelverteilung transparent, demografisch orientiert und mit Blick auf Personalstabilität zu erfolgen hat.

Abstimmungsergebnis:

10:00:00:01

9 Informationen der Verwaltung

9.1 Fallzahlen HzE

Frau Kühnel führt mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation in den Tagesordnungspunkt ein. **Herr Lattke** unterstützt zur Thematik rund um den ASD. Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Auf Nachfrage von **Frau Perl** erläuterte **Herr Lattke**, dass Gefährdungseinschätzungen auf eingehenden Hinweisen beruhen und in einem gesetzlich geregelten Verfahren geprüft werden. Die Ergebnisse werden nach dem Grad der Kindeswohlgefährdung kategorisiert. Zu den daraus resultierenden Schutzmaßnahmen zählen unter anderem Inobhutnahmen.

Herr Nahlik fragte nach den Ursachen der steigenden Fallzahlen und den Auswirkungen auf den Personalbedarf. **Herr Lattke** führte aus, dass sowohl eine erhöhte gesellschaftliche Sensibilisierung als auch eine tatsächliche Zunahme von Gefährdungslagen ursächlich sind. Die Personalbemessung wird derzeit im Rahmen eines Qualitätsentwicklungskonzeptes überprüft.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. Nothdurft** erläuterte **Herr Lattke** das Verfahren der Inobhutnahme. Diese erfolgt in akuten Gefährdungssituationen zum Schutz des

Kindes und dauert bis zur Klärung der weiteren Unterbringung bzw. Hilfsmaßnahmen an.

Frau Kühnel stellt Ergebnisse des KGST-Vergleichsrings Jugendhilfe vor. Dabei zeigte sich, dass Dessau-Roßlau bei familienunterstützenden Leistungen unter dem Median liegt, während familienersetzende Hilfen teilweise überdurchschnittlich in Anspruch genommen werden.

Herr Nahlik bittet um eine fachliche Einordnung dieser Entwicklung. **Herr Lattke** verwies auf einen Mangel an niedrigschwelligen und präventiven Angeboten, wodurch Hilfebedarfe häufig erst in späteren und intensiveren Hilfeformen sichtbar werden. Der Ausbau präventiver Angebote wird als erforderlich angesehen.

Frau Perl erkundigte sich nach der Finanzierung der steigenden Ausgaben sowie nach einer sozialräumlichen Auswertung der Fallzahlen. **Herr Wittge** erläutert, dass die Finanzierung teilweise durch Bundes- und Landesmittel erfolgt, jedoch auch den kommunalen Haushalt belastet. **Herr Lattke** informierte, dass eine sozialräumliche Betrachtung der Fallzahlen bereits vorbereitet wird.

Herr Groneberg unterstützte die geplante sozialräumliche Differenzierung der Daten.

Herr George erklärt, dass dies auf der Wiedervorlagenliste aufgenommen wird und regt an, die Präsentation zusätzlich im Finanzausschuss vorzustellen, um die Kostenentwicklung und deren Ursachen näher darzustellen.

9.2 Sachstandsmitteilung zur E-Akte

Herr Wegener berichtet über den Stand der Einführung der elektronischen Aktenführung (E-Akte) im Jugendamt. Der Projektstart ist für den 01.07.2026 vorgesehen. Zunächst werden ausgewählte Pilotbereiche einbezogen. Bis September 2026 erfolgen Workshops, Schulungen und Anwendertrainings. Der Echtbetrieb der Pilotbereiche ist für Ende September 2026 geplant. Anschließend soll die schrittweise Ausweitung auf weitere Aufgabenbereiche des Jugendamtes erfolgen. Über die Ergebnisse der Pilotphase wird der Ausschuss zu gegebener Zeit informiert.

10 Informationen aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Nahlik berichtet über die Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung, in der der Arbeitsstand der drei Teilpläne intensiv diskutiert wurde. Dabei werden die Fortschritte der Teilpläne zur Kindertagesbetreuung, Jugendarbeit sowie zur Unterstützung von Familien thematisiert, wobei qualitative Aspekte und die Aktualität der Daten besondere Aufmerksamkeit erhalten.

11 Informationen der Kinder- und Jugendbeauftragten

Frau Kunze informiert über den aktuellen Stand des geplanten Jugendstadtrats. Sie informiert über den Verlauf eines Workshops, die Fortschritte bei der Satzung sowie die wachsende Anzahl interessierter Teilnehmer und äußert sich optimistisch über die Entwicklungen.

12 Informationen und Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Herr Böttcher äußert eine Anfrage zur Kinder- und Jugendmedizin. Er führt aus, dass eine Zentralisierung im Rahmen eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) geplant sei und bittet um eine Stellungnahme, wie der Jugendhilfeausschuss oder das Jugendamt zu dieser Entwicklung steht. Er verweist auf einen Elternbrief, der darauf hinweist, dass die Kinder- und Jugendmedizin in einem bestehenden MVZ in Zukunft nicht mehr verfügbar sein soll.

Frau Hachmann stellt klar, dass die Kernfrage sich auf die Sicherstellung der medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen sowie auf die zumutbare Erreichbarkeit der entsprechenden Einrichtungen bezieht. Sie erklärt, dass die Zuständigkeit für diese Fragestellung im Gesundheitsbereich liegt und kündigt an, die Anfrage an die zuständigen Kollegen des Gesundheitsamtes weiterzuleiten. Diese würden eine schriftliche Stellungnahme dazu verfassen. Sie ergänzt, dass das Jugendamt ebenfalls die Möglichkeit erhalten wird, die Anfrage zu kommentieren.

13 Öffentliche Anfragen und Informationen

Es liegen keine sonstigen Anfragen und Informationen vor.

13.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Es liegen keine sonstigen Anfragen und Mitteilungen vor.

Nach diesem Tagesordnungspunkt stellt **Herr George** die Nichtöffentlichkeit her.

16 Schließung der Sitzung

Herr George schließt die Sitzung um 18:25 Uhr.

Dessau-Roßlau, 13.08.26

Vorsitzender Jugendhilfeausschuss

Schriftführer